

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Hannover, 14. April 1948

CDU/FDP für Waren-Horter

Eine Verlautbarung der SPD-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates wendet sich gegen den Beschluss der Mehrheit des Wirtschaftsrates, den von der SPD eingereichten Entwurf eines Enthortungsgesetzes zunächst zurückzustellen. Er nennt ihm eine weitere Verschleppung der ganzen Frage durch CDU/FDP, und zwar im Sinne der Horter und zum Schaden derjenigen, die darauf warten, dass sie endlich die gehorteten Waren kaufen können.

Angesichts der Tatsache, dass die ganz in den Händen der genannten Parteien liegende Verwaltung für Wirtschaft durch planmässiges Zurückhalten von Bezugsscheinen und durch andere Massnahmen bei der Horter eifrig Hilfestellung leistet, ist der dieser Verwaltung erteilte Auftrag geradezu eine Verhöhnung aller arbeitenden Menschen, die durch das System der Horter jeden Tag um den Lohn ihrer Arbeit betrogen werden. Der Vorwand, erst den Umfang der Horter feststellen zu müssen, ist nichts anderes als eine Sabotage der Absichten, die die SPD mit dem Enthortungsgesetz verfolgt.

SPD zur Sozialversicherung

Mit der "Reform der Sozialversicherung" befasste sich eine Arbeitstagung des sozialistischen Ausschusses der SPD in Lebenstedt bei Braunschweig vom 10. bis 13.4.1948. Unter Weiterführung der kämpferischen sozialpolitischen Tradition der Partei wurde das sozialistische Programm richtunggebend erweitert. Die SPD sieht als Ziel einer sinnvollen Sozialversicherung eine umfassende Versorgung aller Erwerbstätigen an. Die Schaffung eines klaren, übersichtlichen und einheitlichen Versicherungsrechtes wird gefordert, um die Versicherten wieder in ein inniges Verhältnis zur Sozialversicherung zu bringen. Die Zersplitterung der Krankenversicherung sowie vor allem die jetzige, völlig unzureichende Rentenversorgung zwingen zu Forderungen für eine Neugestaltung.

Auf der Arbeitstagung ist ebenfalls ein Aktionsprogramm für die Tagesaufgaben der Parteigenossen erarbeitet worden.